



Sehr geehrte Damen und Herren,

am 13. September 2020 findet in NRW die Kommunalwahl statt. Im Juni haben wir, ein Bündnis von unten aufgeführten zivilgesellschaftlichen Organisationen, allen Kandidat\*innen für die Oberbürgermeisterwahl in Münster einen Fragebogen mit Bezug zu den Nachhaltigkeitszielen (SDG) zugeschickt. **Leider haben wir von der SPD und der CDU trotz mehrmaliger Nachfrage keine Antwort erhalten.**

Sie finden auf den folgenden Seiten die Antworten der Parteien. Wir hoffen, dass wir damit einen Beitrag leisten können, um Ihre Wahlentscheidung zu erleichtern. Viel Spaß beim Lesen!

### SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen für alle Menschen / Wahlprüfstein: Hilfe für Geflüchtete







**Frage:** Münster erklärte sich im Oktober 2019 zu einem „Sicheren Hafen“ für geflüchtete Menschen. Die Stadt verfügt aktuell über freie Aufnahmekapazitäten. Wie möchten Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Erklärung konkret umgesetzt wird und Münster zusätzlich zur gesetzlich verpflichtenden Quote Menschen auf der Flucht aufnimmt, z.B. aus den griechischen Flüchtlingslagern? Welchen Beitrag sollte die Stadt Münster nach Ihrer Auffassung leisten, um mehr Menschen auf der Flucht zu helfen?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Die Frage, wie wir mit geflüchteten Menschen umgehen, wie wir ihnen helfen und wie wir Fluchtursachen bekämpfen, ist aus unserer Sicht DIE wichtigste Herausforderung der Europäischen Union. Daran wird man den Erfolg der EU messen lassen müssen. Denn die EU darf nicht nur in guten, sondern muss auch in schlechten, schwierigen Zeiten</p>	<p>Wir haben die Erklärung zum „Sicheren Hafen“ von Anfang an unterstützt und auch das Bürgerbegehren dazu mitgetragen. Leider ist diese Erklärung des Rates verwaltungsseitig nur sehr halbherzig umgesetzt worden. Ich halte es für die Pflicht eines Oberbürgermeisters, auf allen Ebenen mit Vehemenz dafür zu kämpfen, dass mehr Menschen auf</p>	<p>Zunächst ist es dringend geboten, den Beschlüssen auch Taten folgen zu lassen. Unter <a href="https://seebruecke.org/safehavens/muenster/">https://seebruecke.org/safehavens/muenster/</a> ist ersichtlich, dass Münster noch einige Punkte umzusetzen hat und noch längst nicht alle Forderungen unterstützt werden. Der innerparteiliche Konflikt bei den großen Parteien, die</p>	<p>DIE LINKE hat seit Beginn die Kampagne der Seebrücke unterstützt, Münster zu einem sicheren Hafen zu erklären. Dies scheiterte im Rat leider insbesondere auch an den Grünen, denen ihre Koalition mit der CDU wichtiger war, als ihr Parteiprogramm, die Ansicht ihrer Parteibasis oder die Menschlichkeit. Auch als es um die Er-</p>	<p>Die Erklärung Münsters zum „sicheren Hafen“ ist ein großer Erfolg. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Münster öffentlichkeitswirksam die Partnerschaft für ein ziviles Seerettungsschiff übernimmt und dieses finanziell unterstützt. Münster ist bereits Teil des Bündnisses „Sicherer Häfen“, in dem sich Städte dazu bereit</p>	<p>Münster steht als Friedensstadt in der Pflicht zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Münster ist auch vermögend genug, um die Aufnahme problemlos zu schaffen. Als Sofortmaßnahme möchten wir für jedes Jahr seit dem Abschluss des „Westfälischen Friedens“ einen Geflüchtete*n aufnehmen – also</p>

<p>funktionieren. Mitgliedsstaaten haben durch die EU Rechte, aber sie haben auch Pflichten. Und eine EU, die aus der Erfahrung zweier Weltkriege entstanden ist, muss hier zu universellen Rechten stehen und entsprechend handeln. Wir hoffen sehr, dass die Europäische Union die Kraft hat, die Probleme zu lösen – unter Einbeziehung aller Mitgliedsstaaten.</p> <p>Die Außen- und Europapolitik ist aber in erster Linie ein bundespolitisches Thema. Sofern Münster Flüchtlinge in diesem Zusammenhang zugewiesen bekommt, wollen wir selbstverständlich unseren Verpflichtungen nachkommen, die Menschen in unserer Stadt willkommen heißen und sie integrieren.</p>	<p>der Flucht in Deutschland eine Perspektive bekommen. Aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen den Verwaltungsebenen sehe ich leider keine Möglichkeit, Geflüchtete in Münster direkt aufzunehmen. Es besteht die Abhängigkeit von der Bundesebene. Hier kann sicherlich ein offenes Networking mit den anderen „Sicheren Häfen“ in Deutschland ein wichtiger politischer Faktor werden. Dies ist unbedingt anzustreben.</p>	<p>im Bundestag Lösungen blockieren muss aufgelöst werden!</p>	<p>richtung einer zentralen Abschiebebehörde ging, wollten die Grünen zunächst mit CDU, AfD und FDP für den Bau stimmen. Erst zivilgesellschaftliche Proteste, unter anderem unter Beteiligung der LINKEN, haben den Druck so erhöht, dass ein großer Teil der Grünen dagegen stimmte.</p> <p>Die Stadt Münster hat als Großstadt und regionales Oberzentrum Einfluss auf Bundes- und Landespolitik. Bis vor kurzem war Oberbürgermeister Markus Lewe Präsident des Deutschen Städtetages und ist nun Vizepräsident. Münster ist in der Lage, auf Bundes- und Landesebene Druck aufzubauen, damit Deutschland zusätzliche Geflüchtete aus den Auffanglagern und aus Seenotrettung aufnimmt, und damit auch mehr Menschen zusätzlich zum gesetzlichen Kontingent in Münster aufgenommen werden können. DIE LINKE wird sich weiterhin gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung einsetzen.</p>	<p>erklären, Geflüchtete zusätzlich zur Quote aufzunehmen. Wir werden alle politischen Ebenen dazu auffordern, neue Aufnahmeprogramme zu schaffen.</p> <p>Münster soll am europäischen Projekt Solidarity Cities teilnehmen. Wir in Münster verfolgen ein dezentrales Unterbringungskonzept mit einer Belegung von max. 50 Menschen pro Einrichtungen. Dieses Konzept haben wir immer mit entwickelt.</p> <p>Darüber hinaus haben wir erreicht, dass die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete in Münster eingeführt und eine Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere aufgebaut und abgesichert wird. Dieser von uns GRÜNEN mitinitiierte Ratsbeschluss hatte deutschlandweite Beispielwirkung.</p>	<p>372 Menschen, die auf der Flucht sind. Zudem setzen wir uns für aktive und finanzielle Unterstützung der privaten Seenotrettung – nicht nur im Mittelmeer – durch die Stadt Münster und ihre Einwohner*innen ein.</p>
---	---	--	---	--	--

## SDG 5: Geschlechtergerechtigkeit /Wahlprüfstein: Frauenförderung

**Frage:** Als Spitzenkandidaten kandidieren in Münster ausschließlich Männer. Wie will Ihre Partei dazu beitragen, dass mehr Frauen öffentliche Ämter in Münster bekleiden? Auf welche Weise ermutigen und unterstützen Sie persönlich Frauen für politische Kandidaturen und Ämter?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Gerade in der Politik ist es wichtig, dass die gewählten Vertreter ein Spiegel der Gesellschaft sind. Junge und Alte – Männer und Frauen. Die Frage, ob jemand für ein Amt kandidiert, bleibt dabei immer eine höchstpersönliche Entscheidung. Wir als Freie Demokraten wollen aber, dass die Angebote in der Kommunalpolitik niedrigschwelliger werden, um das ehrenamtliche Engagement insbesondere für Frauen attraktiver zu gestalten. Auch wir haben als Partei erkannt, dass Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind und wollen dies verändern. Wir wollen daher sowohl unsere als auch die Strukturen der Kommunalpolitik als Ganzes reformieren, um</p>	<p>Ich bedauere es außerordentlich, dass die OB-Kandidatur eine reine Männer-domäne ist. Dadurch gehen in der Politik wichtige Perspektiven verloren. Gute, ausgewogene Lösungsangebote werden häufig erschwert bzw. verhindert. Ich war sechs Jahre Kreisvorsitzender der ÖDP in Münster. In meiner Arbeit war es mir ein großes Anliegen, weibliche Mitglieder für die aktive Mitarbeit zu gewinnen und zu motivieren. Häufig habe ich festgestellt, dass Frauen der Teilnahme an politischer Arbeit sehr reserviert gegenüber stehen. Dies wird – wie ich finde zurecht – mit der „männlichen“ Art der politi-</p>	<p>Wir haben in den letzten Jahren leider keine Menschen explizit angeworben oder dazu aufgefordert bei den PIRATEN mitzugestalten. Die PIRATEN hat jedoch stets ein offenes Zusammenkommen und eine niedrigschwellige Beteiligung ausgezeichnet. Digitales Arbeiten und flexible Termine vor Ort machen das Mitwirken in der Partei besonders familienfreundlich möglich. Wir sehen unsere Partei dadurch als Angebot für Alle.</p>	<p>Wir empfinden es als Skandal, dass auch nach jahrzehntelangen Kämpfen der Frauenbewegung, Frauen immer noch weniger verdienen, einen Großteil der Haus- und Sorgearbeit leisten und in Spitzenämtern und politischen Ämtern unterrepräsentiert sind. DIE LINKE besetzt ihre Gremien und Ämter grundsätzlich paritätisch, ebenso die Wahllisten. Die beiden Spitzenplätze für die Kommunalwahl im September haben wir daher paritätisch besetzt, mit einem Oberbürgermeisterkandidaten und einer Spitzenkandidatin auf der Wahlliste. Darüber hinaus fordern wir, dass kommunale Gremien wie der Stadtrat, aber auch die Verwaltung und insbesondere</p>	<p>Bündnis 90 / Die Grünen steht für Geschlechterparität. Das heißt, es ist unser Ziel, dass Frauen* in gleicher Zahl Ämter und Mandate bekleiden wie Männer*. Auf der politischen Ebene ist ein zentrales grünes Instrument eine verbindliche Geschlechterquote. Das heißt, dass wir alle Wahllisten für die Kommunalwahl konsequent paritätisch besetzt haben, jeweils mit einer Frau* auf Platz 1. Auf der Ratsreserveliste mit 50 Kandidierenden stellen sich für die Grünen also 25 Frauen* zur Wahl. Auch bei der Wahl der Direktkandidierenden für die 33 Wahlkreise haben wir darauf geachtet, dass für Grüne aussichtsreiche Wahlkreise in gleicher Zahl von Frauen* und</p>	<p>Wir haben intensiv versucht, eine Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin zu finden. Zwölf Frauen haben wir direkt angesprochen. Eine war sogar bereit, für uns bei der Kommunalwahl anzutreten. Sie zog aber ihre Kandidatur wieder zurück. Frauenförderung für öffentliche Ämter in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ist uns sehr wichtig. Dies wird auch an der Zusammensetzung unsere Direktkandidat*innen bei der Kommunalwahl deutlich. 18 Kandidatinnen (54,55 Prozent) und 15 Kandidaten treten am 13. September für die „Münster Liste – bunt und international“ an. Wie wenig frauenfreundlich die Politik in Münster noch ist,</p>

<p>das politische Ehrenamt für Frauen und andere unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen attraktiver zu gestalten. Weiterhin setzen wir stark darauf, Frauen aktiver zu fördern und zu ermutigen, öfter politische Ämter zu übernehmen. Auch die Bildung von Netzwerken wie den „Liberalen Frauen“ sehen wir als ein Weg wie in Zukunft mehr Frauen öffentliche Ämter in Münster und politische Ämter in unserer Partei bekleiden können.</p>	<p>schen Auseinandersetzung begründet: konfrontativ, personenbezogen und persönlich häufig verletzend. Aus meiner Sicht kann es nur einen erfolgreichen Weg geben, zu einer ausgewogenen Partizipation der Geschlechter zu kommen: wir müssen gemeinsam Verfahren entwickeln, wie Politik ein kooperativer Prozess werden kann. Ich sehe bei diesem Thema z.B. das Hansaforum auf einem sehr guten Weg. Die dort gemachten Erfahrungen gilt es gemeinsam in städtisches Handeln umzusetzen.</p>		<p>die obersten Beamtenposten, zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Außerdem müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ehrenamtlicher Kommunalpolitik sicherzustellen. Wir wollen mehr Stellen im Amt für Gleichstellung schaffen.</p>	<p>Männern* besetzt sind. Bei der Besetzung von Führungspositionen in der Verwaltung und bei städtischen Gesellschaften sehen wir die Stadt Münster als Arbeitgeberin in der Pflicht. Wir wollen mehr berufliche Chancen für Frauen* schaffen, indem wir Aufstiegschancen für Frauen* auch aus Teilzeitpositionen bei der Stadt verbessern. Außerdem wollen wir eine Geschlechterquote für Führungspositionen bei städtischen Unternehmen einführen.</p>	<p>wurde auch bei der Aufstellung unserer Listen deutlich, als viele Frauen – aus völlig unterschiedlichen, aber nachvollziehbaren Gründen – auf einen Listenplatz verzichteten.</p>
---	---	--	--	--	--

## SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum / Wahlprüfstein: Gemeinwohl-Ökonomie

**Frage:** Die klassische kommunale Wirtschaftsförderung zielt auf Arbeitsplätze und Gewerbesteuer-Einnahmen. Wie wollen Sie die Wirtschaftsförderung weiterentwickeln, damit Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwohl stärker wahrnehmen?

Wie möchten Sie und Ihre Partei in Münster Unternehmens-Ideen z.B. für die Sharing Ökonomie, für Kreislaufwirtschaft und Upcycling, für regionale und global faire Wertschöpfungsketten oder für die Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Wir wollen Unternehmen in Münster die richtigen Rahmenbedingungen bieten, um ihre Ideen umsetzen zu können – diese müssen nicht, können aber auch Innovationen für die Sharing Ökonomie und die Kreislaufwirtschaft sein. Zur Hebung von Münsters Potenzial wollen wir die Verwaltung benutzerfreundlicher und digital gestalten, sodass Unternehmensgründungen in Zukunft unkompliziert und schnell von Zuhause umgesetzt werden können. Beim Thema Open Data können Münster und die Tochterunternehmen aber noch besser werden und mehr Daten datensicher teilen, um Wissen-</p>	<p>Wir lehnen das bisherige System der Wirtschaftsförderung grundsätzlich ab. Unser Ziel kann nicht ein bedingungsloses Wachstum der Stadt mit den bekannten negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen sein. Die Rolle der Wirtschaftsförderung muss vollständig neu gedacht werden. Es geht um eine qualitative Beratung hin zu regionalen Wertschöpfungsketten, Kreislaufwirtschaft und sozialem Miteinander. Hier ist viel Vernetzungsarbeit zu leisten und gleichzeitig können Räume geschaffen werden, die neue Arten des Wirtschaftens ermöglichen. Die Gemeinwohlbilanzierung sollte</p>	<p>Ich bin gegen Wirtschaftswachstum. Ein Wachstum ohne nachhaltige Strategie kann ich nicht unterstützen. Vielmehr muss unsere Wirtschaft umgebaut werden. Bei der Vergabe von Grundstücken sind uns als Stadt Grenzen gesetzt, Wirtschaftsförderung ist leider kein „Wunschdir was“. Es müssen EU-Richtlinien umgesetzt werden. Trotzdem sehe ich es als sinnvoll an, nachhaltig wirtschaftende Betriebe besonders zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass die Stadt bei der Entwicklung der örtlichen Wirtschaft soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in den Vordergrund stellt. Die Innenstadt entwickelt sich unter kapitalistischem Zwang momentan in eine negative Richtung. Wegen extrem hoher Mieten sind traditionelle Fachgeschäfte und kleine Handwerksbetriebe fast vollständig verdrängt worden. Dies sind jedoch, im Gegensatz zu den nun dort ansässigen großen Handelsketten, diejenigen, die am ehesten nachhaltige Produkte, lokale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten nutzen und fördern. DIE LINKE fordert außerdem, dass die Stadt möglichst viele</p>	<p>Wir GRÜNE wollen, dass die Münsteraner Wirtschaft die Stadt für alle lebenswerter macht und einen möglichst positiven Gesamteinfluss auch auf globale Zusammenhänge hat. Einen ersten Schritt haben wir bereits gemacht: mit der „Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030“ und dem Handlungsprogramm Klimaschutz 2030, dem die Stadt Münster verpflichtet ist. Wir wollen ein ganzheitliches Wirtschaften zur Leitlinie der öffentlichen Einrichtungen in Münster machen, indem wir diese dabei unterstützen. Wir wollen damit als Stadt vorangehen und der Forderung der Bundes-GRÜNEN nach einer</p>	<p>Wir stellen die Daseinsvorsorge für alle Einwohner*innen Münsters in den Mittelpunkt unserer Kommunalpolitik. Deshalb sind alle städtischen Kapitalgesellschaften in Eigenbetriebe umzuwandeln. Durch unser Konzept „Kommune selbst verwalten“ sollen zukünftig die Einwohner*innen in die Lage versetzt werden, auch zwischen den Wahlen über die Praxis der Eigenbetriebe zu entscheiden. Wir setzen auf lokale und regionale Kreislaufwirtschaft sowie dem Teilen von Gebrauchsgütern. Das Recyclen ist eine Grundlage dieses Systems. Wir setzen uns für eine Verpackungssteuersatzung zur Reduzierung des Plastikmülls</p>

<p>schaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Unternehmensgründerinnen und -gründern die Realisierung ihrer Ideen zu ermöglichen. Zudem wollen wir verstärkt den Austausch von Wirtschaft, Wissenschaft und Stadt über einen runden Tisch fördern, mehr Gewerbe- und Mischgebiete ausweisen, damit neue Unternehmen auch Platz in unserer Stadt finden, und Begegnungsstätten - wie beispielsweise den DigitalHub - für Startups und Investorinnen und Investoren schaffen, so dass die Finanzierung von Startups gesichert werden kann.</p>	<p>dabei als wesentlicher Indikator für qualitativ sinnvolles Unternehmer*innentum eingesetzt werden. Dies könnte durch kommunale Unterstützung der Bilanzierungsaufwendungen ermöglicht werden. Eine Neuorientierung bei der Ausweisung und Vergabe von Gewerbeflächen soll dazu beitragen, dass Unternehmen mit nachhaltigen, zukunftsfähigen Konzepten deutlich bessere Chancen bei der Ansiedlung und Erweiterung haben.</p>		<p>innerstädtische Flächen erwirbt, um diese zu angemessenen Mieten nach den o.g. Kriterien an lokale Einzelhändler zu vermieten. Auch muss die Stadtverwaltung als großer Auftraggeber diese Aufträge an Firmen vergeben, die nach den o.g. Kriterien wirtschaften.</p>	<p>sozialökologischen Transformation der Wirtschaft nachkommen. Für dieses Vorhaben bietet sich in unserer Stadt die Bilanzierung der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) an. Anhand von Kriterien wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Standards, Transparenz und Mitentscheidung können Unternehmen bzw. Organisationen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen Von uns GRÜNEN angestoßen, hat es bereits 2018 einen Ratsbeschluss zur Förderung der GWÖ gegeben. Auf diesem bauen wir auf.</p>	<p>ein, wollen das Urban Farming und Gardening fördern und die ökologische Bewirtschaftung auf allen im kommunalen Besitz befindlichen Agrarflächen zur Pflicht machen. Das Erzielen von Steuereinnahmen durch die Wirtschaft ist von Bedeutung. Dazu wollen wir gerechte kommunale Steuerhebesätze einführen. Kommunal möchten wir zudem Soloselbständige und kollektiv geführte Unternehmen und ausgewählte Startups fördern. Schon lange erwerbslose Menschen möchten wir in kommunalen oder gemeinnützigen Betrieben unbefristet beschäftigen.</p>
---	--	--	--	--	--

## SDG 10: Weniger Ungleichheiten/ Wahlprüfstein: Umsetzung Integrationsleitbild

**Frage:** Am 3. April 2019 hat sich der Rat der Stadt Münster ein aktualisiertes Leitbild zu Fragen der „Migration und Integration“ gegeben. Wo möchten Sie und Ihre Partei ansetzen, um die Ziele dieser Handlungsfelder mit langfristiger Wirkung in die Praxis umzusetzen? Wie möchten Sie und Ihre Partei „politische Mitbestimmung und Partizipation von Menschen mit Migrationsvorgeschichte auf allen inhaltlichen und administrativen Ebenen der Stadt fördern?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Als Freie Demokraten haben wir uns dafür eingesetzt, dass Integrationsrat seinen Status erhält und nicht in der kommenden Ratsperiode zu einem Ausschuss des Rates wird. Gerade dort, im Integrationsrat, bedarf es eines noch besseren Miteinanders zwischen den gewählten Mitgliedern mit Migrationshintergrund und den Vertretern der Ratsfraktionen.</p>	<p>Das Leitbild für Migration und Integration trage ich vollumfänglich mit und begrüße es ausdrücklich, dass wir in Münster bei diesem Thema bereits gute Strukturen haben, auf die sich aufbauen lässt. Ich möchte mir nicht anmaßen, vollständige Konzepte für die Integration vorzulegen. Es ist aus meiner Sicht vielmehr entscheidend, gemeinsam (Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte) am Thema zu arbeiten. Dabei geht es um Zuhören, gemeinsam mutige Schritte gehen und vor allen Dingen das Bereitstellen der erforderlichen Ressourcen. Ziel muss es sein, die gesamte Bevölkerung in den Prozess miteinzubeziehen. Die Stadt</p>	<p>Dem Leitbild fehlt noch Inklusion. Im Grunde möchte ich Allen gleiche Möglichkeiten bieten können. Damit dies möglich wird sind Minoritäten auf allen Ebenen zu fördern, bis eine repräsentative Gesellschaft abgebildet wird. Die Piraten fordern generell das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU Ausländer und haben in ihrer Zeit im Landtag NRW einen entsprechenden Verfassungsänderungsantrag gestellt, der aber leider gescheitert ist.</p>	<p>Täglich werden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von rechten Parteien und Gruppierungen und durch die Medien geschürt. Das führt zu alltäglicher Gewalt und Ausgrenzung, zu niedrigeren Löhnen und der mangelnden Möglichkeit der politischen Teilhabe. Aber auch viele deutsche Staatsbürger leben in Armut. Die Ursache für all diese Missstände ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es uns allen besser geht. Geflüchtete müssen dezentral in angemessenen, bezahlbaren Wohnungen unterge-</p>	<p>Wir wollen rassistisch und antisemitisch motivierte Diskriminierung sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene abbauen. Das gilt insbesondere auf kommunaler Ebene, wo wir notwendige Kommunikations- und Partizipationsprozesse ausbauen wollen. Uns ist eine zunehmende Ausweitung der politischen Arbeit auch in die Stadtteile, die weiter von der Innenstadt entfernt liegen, wichtig, um mehr Partizipation zu ermöglichen. Daher rufen wir dazu auf, Bürger*innensprechstunden auch in Quartierbüros, Aufnahmeeinrichtungen oder im kommunalen Integrationszentrum</p>	<p>Unser Konzept „Kommune selbst verwalten“ ist grundsätzlich nicht auf Integration, sondern auf Inklusion angelegt. In unserer Stadt gibt es eine hoch engagierte Zivilgesellschaft. Allerdings haben diese Initiativen praktisch keine kommunalen Entscheidungsrechte. Wir wollen „Kommune selbst verwalten“ - mit mehr eigenständigen Beschlussfassungen in Fachausschüssen und lokalen Gremien der Einwohner*innen. – Verstärkte Überlassung kommunaler Einrichtungen in Selbstverwaltung.</p>







	<p>ist dabei mit Kampagnen und umfangreichen Bildungs- und Begegnungsangeboten gefordert. Die Kooperation beim Westöstlichen Divan ist sicherlich beispielhaft für gelungene Angebote zu sehen.</p> <p>Wir begrüßen ausdrücklich das erstmalige Antreten der Liste „Münster bunt und international“, die die Anliegen von MigrantInnen sicherlich noch einmal stärker in die Stadtpolitik einbringen kann.</p>		<p>bracht werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Berufs- und Schulabschlüsse leichter anerkannt werden und ausreichend Sprachkurse zur Verfügung stehen. Bewerbungsverfahren bei der Stadt und ihren Gesellschaften müssen anonym durchgeführt werden, Interkulturelle und antirassistische Projekte wollen wir besser fördern.</p> <p>Organisationen, in denen sich Migrant*innen organisieren, sollen in politische Entscheidungen einbezogen werden. Der Integrationsrat ist politisch zu stärken und mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten. Er soll Stimmrecht in allen Ausschüssen haben.</p>	<p>anzubieten und dabei Dolmetscher*innen zur Verfügung zu stellen. Es sollen eine mehrsprachige Website und ein entsprechender Newsletter entwickelt werden.</p> <p>Außerdem sollten Informationsangebote über politische Partizipationsmöglichkeiten für und mit Menschen mit internationaler Geschichte konzipiert werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erweiterung der Entscheidungsrechte der Bezirksvertretungen.</li> <li>– Mittelfristig möchten wir Quartiers- und Dorfräte (zum Beispiel für das Südviertel oder Roxel) einrichten, deren Mitglieder aus der Bewohnerschaft ausgelost werden.</li> </ul>
--	--	--	--	---	--



## SDG 11: Nachhaltige Städte und Kommunen/ Wahlprüfstein: Nachhaltige Investitionen

**Frage:** Wie möchten Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass auch Tochterunternehmen der Stadt, wie die Stadtwerke, Beteiligungen an klimaschädlichen Unternehmen und Industrien abstoßen und verbindliche ethisch-ökologische Anlagekriterien für zukünftige Investitionen festlegen?

Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Beteiligung der Stadtwerke als Hauptanteilseigner am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) umgehen?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Wir wollen den Flughafen Münster-Osnabrück aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung für das Münsterland erhalten. Der FMO tut bereits Vieles, um seinen Teil am Klimaschutz beizutragen, Hierbei unterstützen wir die Geschäftsführung des Flughafens.</p>	<p>Die Stadt soll so schnell wie möglich die Beteiligung am FMO beenden. Dabei ist vorrangig das Ziel zu verfolgen, den Flughafen in kurzer Zeit gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern sozialverträglich stillzulegen. Sollte dies nicht gelingen, ist die städtische Beteiligung zu verkaufen. Durch eine umfassende Gemeinwohlbilanzierung sämtlicher städtischer Beteiligungen soll eine nachhaltige Orientierung der Gesellschaften erreicht werden. Dabei sind ambitionierte Ziele zu definieren, wie ein höheres Gemeinwohl erreicht werden kann. Damit sind weder die konventionelle Geldanlage,</p>	<p>Der FMO ist zu schließen. Mindestens soll die Stadt Münster aus dem Flughafen aussteigen.</p>	<p>DIE LINKE fordert seit vielen Jahren, dass kommunale Institutionen aus umweltschädlichen Investitionen aussteigen. Damit stehen wir an der Seite vieler Gruppen und Menschen, wie z.B. „Fossil Free“, die in den vergangenen Jahren für ein Divestment gekämpft haben. Ebenso fordert unsere Fraktion in der LWL-Landschaftsversammlung seit vielen Jahren die Abstoßung der RWE-Anteile. Für uns gehört dazu aber auch, dass die Stadtwerke auf 100 % Ökostrom umstellen und keinen Strom mehr aus fossilen Energien beziehen. Dies wollen wir auch dadurch erreichen, dass die bisher hohen Gewinnabführungen, die die Stadtwerke an die Stadt leisten</p>	<p>Wir Grüne wollen den Flughafen Münster-Osnabrück nicht weiter mit städtischen Geldern subventionieren.</p>	<p>Die Stadt Münster darf sich nicht – auch nicht aus finanziellen Gründen - an Unternehmen oder Industrien beteiligen, die nicht den sozialen oder ökologischen Standard für ein nachhaltiges Leben entsprechen. Wir werden darauf drängen, dass solche Beteiligungen beendet werden. Wir fordern den Ausstieg aus dem Kurzstreckenflugverkehr. Auch der Flughafen Münster-Osnabrück wird weiterhin Fluggäste verlieren, weil sich unser Klima Kurzstreckenflüge einfach nicht mehr leisten kann. Die Ferienflieger sollen ebenso wie der Privat-, Linien-, Charter- und Frachtluftverkehr die Betriebskosten für den FMO aufbringen. In Westfalen</p>

	<p>noch die Beteiligung an klimaschädlichen Unternehmen vereinbar. Sie sind kurzfristig zu beenden bzw. umzustellen.</p>		<p>mussten, eingestellt werden. Stattdessen sollen die Stadtwerke konsequent in erneuerbare Energien investieren. Wir empfinden es auch als Schande, dass die Stadtwerke den 2011 vom Stadtrat gefassten Beschluss verfehlt haben, dass diese bis 2020 atomstromfrei werden. Stattdessen beziehen die Stadtwerke immer noch zu 5% Atomstrom. DIE LINKE fordert seit vielen Jahren den sofortigen Ausstieg aus dem FMO.</p>		<p>(plus Calden in Hessen) gibt es zudem viel zu viele Flughäfen.</p>
--	--	--	--	--	---

## SDG 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion/ Wahlprüfstein: Fairer Handel und Beschaffung

**Fragen:** Münster ist seit 2011 Fair Trade Stadt und wurde im Jahr 2019 zur Vizehauptstadt des Fairen Handels gekürt. Welche eigenen Ideen wollen Sie und Ihre Partei mit einbringen, um 2021 Hauptstadt des Fairen Handels zu werden?







Welche konkreten Ziele soll sich die Stadt Münster für die eigene nachhaltige und soziale öffentliche Beschaffung geben? Zu welchen Produktgruppen soll die Stadt konkrete Projekte durchführen?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Wir bekennen uns als Freie Demokraten zu einem fairen weltweiten Handel und den Zielen von Fairtrade. Im Sinne von fairen Arbeitsbedingungen und -bezahlungen sollen Konsumenten freie, aufgeklärte Entscheidungen treffen und Produkte kaufen können, die den Menschen in Entwicklungsländern ein würdevolles Leben ermöglichen.</p> <p>Wir sind der festen Überzeugung, dass der Gedanke des fairen Handels über Bildungsangebote an die Mitbürgerinnen und Mitbürger vermittelt werden muss, damit fair gehandelte Produkte konsumiert werden.</p> <p>Die Auszeichnung von</p>	<p>Die Auszeichnung als Fair Trade Town hat uns sehr gefreut. Wir sehen allerdings auch immer wieder die Gefahr, dass hinter die bereits erreichten Standards zurück gegangen wird. Aktuell ist zum Beispiel das Zurverfügungstellen von fair gehandelten Produkten während Rats- und Ausschusssitzungen nicht gewährleistet.</p> <p>Das Thema Beschaffung sehen wir auch im Kontext regionaler, lokaler Wirtschaftskreisläufe, die wir auf- und ausbauen wollen – sowohl in Münster als auch weltweit. Demnach soll sich die Stadt Münster verpflichten, Warengruppen, die nicht in Deutsch-</p>	<p>Dank vieler engagierter Menschen ist Münster auf einem Spitzenplatz gelandet. Allerdings ist dieser Spitzenplatz auch recht einfach zu erreichen gewesen. Noch lange sind nicht alle Einkäufe der Stadt fair gehandelt, geschweige denn nachhaltig hergestellt worden.</p> <p>Es sollten sich alle Schulen um den Fairtrade Titel bewerben. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass unser Fussabdruck in der Weltgemeinschaft und der Natur kleiner wird und nicht Zukunft und Umwelt schädigt. Für mich wäre es auch wichtig, dem Tierwohl mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Für Produkte bei deren Herstellung Mensch,</p>	<p>Grundsätzlich begrüßen wir, dass Münster anstrebt, Hauptstadt des fairen Handels zu werden. Jedoch halten wir sowohl die von TransFair gesetzten Kriterien, als auch die bisherigen Bemühungen der Stadt Münster für noch nicht ausreichend.</p> <p>Die Stadt sollte sich daher dafür einsetzen, dass der Anteil fair gehandelter Produkte deutlich erhöht wird, insbesondere bei Textilien und Nahrungsmitteln. Schulcaterer sollten über die Ausschreibungen dazu verpflichtet werden, Produkte aus fairem Handel zu beziehen.</p> <p>Zum Thema Fairtrade zählen wir aber nicht nur die faire Beschaffung von Produkten aus</p>	<p>Unser Ziel ist es, dass im Bereich der Stadt nur noch zu 100% Produkte aus dem Fairen Handel eingekauft und verwendet werden. Bis 2021 soll Münster alle Kriterien zur Hauptstadt des fairen Handels erfüllen. Zugleich wollen wir erreichen, dass Münster am Netzwerk der Bio-Stadt teilnimmt und als öffentlicher Träger von Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Alteinrichtungen an bundesweiten Programmen wie „Mehr Bio in Kommunen“ sowie „BioBitte“ teilnimmt. Die hierfür notwendigen Stellen zur Umsetzung werden wir erhalten bzw. neu einrichten.</p>	<p>Die kommunale Wähler*innen-Vereinigung „Münster Liste – bunt und international“ tritt erstmals bei einer Kommunalwahl an. So haben wir noch keine eigenen Ziele für den Gewinn des Titels „Hauptstadt des Fairen Handels“ festlegen können. In den folgenden Antworten sind aber unsere Ideen konkretisiert, die wir in den Prozess einfließen lassen werden. Grundsätzlich müssen die formulierten Ziele in einem Zertifizierungsprozess regelmäßig überprüft und daraus verbindliche Strategien zum Erreichen der Ziele entwickelt werden.</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass alles was möglich ist, aus der Region beschafft werden</p>

<p>Fairtrade-Hauptstädten lehnen wir hingegen in der derzeitigen Form ab, da wir diese als symbolpolitische, ineffektive und teure Maßnahme betrachten, die zudem kaum öffentlichkeitswirksame Aufmerksamkeit erzeugt.</p> <p>Die Münsteraner Verwaltung sehen wir in einer Vorbildfunktion. Deswegen sollte bei der öffentlichen Beschaffung von Nahrungsmitteln, Getränken und Arbeitskleidung nicht der Preis als einziges Kriterium dienen, sondern beispielsweise auch Kriterien zur Nachhaltigkeit und Qualität Berücksichtigung finden. Das Ziel der Stadt Münster sollte sein, möglichst viele Produkte sozial und ökologisch verträglich zu beschaffen. Dies schließt für uns faire Arbeitsbedingungen und einen geringen Treibhausgasausstoß ein, ist aber nicht gleichbedeutend damit, dass jedes Produkt ein FairTrade-Siegel und eine Biozertifizierung aufweisen muss.</p>	<p>land hergestellt werden ausschließlich aus fairem Handel zu beziehen. Bei allen übrigen Warengruppen ist auch die ökologische Bilanz zu berücksichtigen und dann eine Entscheidung im Einzelfall zu treffen, ob ein regionaler oder lokaler Anbieter den Zuschlag erhält oder die Ware aus fairem Handel bezogen wird.</p> <p>Weitere Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau schulischer und außerschulischer Bildung</li> <li>- Förderung von lokalen Gruppen (über den Beirat für komm. Entwicklungszusammenarbeit)</li> <li>- Stadt als aktiver Botschafter</li> </ul>	<p>Tier oder Natur ausgebeutet werden müssen Alternativen gesucht werden.</p> <p>Möglichst schnell müssen wir von fossilen oder endlichen Rohstoffen loskommen und auf regenerative Stoffe umschwenken.</p> <p>Faire Entlohnung, artgerechte Tierhaltung, Umweltschutz und soziale Sicherheit für alle Beteiligten sollten selbstverständliche Vergabekriterien sein, wenn Steuergelder Dinge finanzieren.</p> <p>Es fällt mir schwer konkrete Produkte zu benennen, ich fände es viel sinnvoller grundsätzlich bei der Bewertung von Angeboten die o.g. Kriterien anzuwenden.</p>	<p>dem Ausland, sondern auch aus dem Inland. Daher sollte der Einkauf von Erzeugnissen tierischer Herkunft auf ein Minimum reduziert werden, und dieses Minimum sollte aus biologischer Produktion stammen und von Unternehmen, die Arbeitnehmerrechte achten.</p>	<p>In den Nachhaltigkeitszielen haben wir verankert, dass die Stadt Münster ihre Beschaffung bis 2030 nach nachhaltigen Kriterien ausrichten wird, gerne auch schneller.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Münster Rahmenbedingungen zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander sowie auch der politischen Akteure schafft.</p>	<p>muss. Dazu möchten wir die Einführung der Kreislaufwirtschaft mit bevorzugt lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen für die Stadt Münster verbindlich machen. Generell sind dabei Produkte aus sozial und ökologisch vertretbarer Herstellung zu bevorzugen.</p> <p>Gleiches gilt für Produkte, die importiert werden. Bei der öffentlichen Beschaffung müssen gesicherte soziale und ökologische Kriterien im Mittelpunkt stehen.</p> <p>Produktgruppen wie elektronische Gerätschaften, die viele seltene Erden verbrauchen, Büromaterialien und Kleidung stehen für uns bei der Beschaffung gemäß Fairen Handels an erster Stelle.</p>
--	--	--	--	---	--

## SDG 13: Klimaschutz/ Wahlprüfstein: Klima und Verkehr

**Fragen:** 1. Welche Maßnahmen schlagen Sie und Ihre Partei vor, um die kommunale Klimapartnerschaft mit Monastir weiterzuentwickeln?  
 2. Die sozialen und ökologischen Folgen des Ressourcenabbaus für die Rohstoffe in Verbrennungs- als auch Elektromotoren sind enorm. Was bedeutet für Sie und Ihre Partei eine nachhaltige Mobilität?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>1. Da es sich sowohl bei Monastir als auch bei Münster um Universitätsstädte handelt bietet, sich hier ein gegenseitiger Forschungs- und Wissensaustausch an. Beide Städte arbeiten an neuen Lösungen zur Abmilderung der Erderwärmung und Bewältigung der daraus erwachsenden Konsequenzen.</p> <p>2. Für uns bedeutet eine nachhaltige Mobilität eine Mobilität, die sich nicht nur in kleinen Einzelentscheidungen erschöpft. Wir wollen ein Mobilitätskonzept aus einem Guss, welche alle Verkehrsträger miteinander vereint und die Benutzung des ÖPNVs in Münster so attraktiv macht, dass die Menschen ihr Auto freiwillig zuhause oder im Park</p>	<p>1. Die Klimapartnerschaft mit Monastir kann nur gelingen, wenn sie zu einem echten Miteinander weiter entwickelt wird. Gerade beim Thema Klimagerechtigkeit können wir viel von anderen Kulturen lernen. Durch unser turbokapitalistisches Wirtschaftssystem des „höher, schneller, weiter“ haben wir nachhaltiges Handeln in vielen Bereichen schlichtweg verlernt. Folgende Maßnahmen halten wir für zielführend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Benennung von Klimabotschaftern in beiden Städten</li> <li>- Bildungsangebote (digital und im persönlichen Kontakt)</li> <li>- Initiierung von FSJ-Klima-Programmen durch die Stadt Münster</li> </ul>	<p>2. Nachhaltige Mobilität bedeutet von A nach B zu kommen, ohne endliche Ressourcen zu verbrauchen und ohne die Umwelt nachhaltig zu belasten. Unnötige Wege sollten vermieden werden, oder besser nötige Wege reduziert werden! Daher müssen wir uns bemühen den Fussabdruck klein zu halten. ÖPNV weil effizient, und Muskelkraft, weil ressourcenschonend, sind möglichst zu nutzen und somit von der Stadt zu fördern. Dies muss sich auch in der Verkehrsplanung niederschlagen!</p>	<p>1. Die Klimapartnerschaft zwischen Münster und Monastir begrüßen wir sehr, sie gehört ausgebaut. Um das zu erreichen wäre es aus unserer Sicht zunächst nötig, dafür mehr Öffentlichkeit zu schaffen. Die Stadt Münster könnte sich zudem an zusätzlichen Bausteinen einer Klimapartnerschaft finanziell beteiligen. Wünschenswert wäre, wenn Gruppen und Vereine aus der Umwelt- und Eine-Welt-Bewegung die Möglichkeit eines Austauschs bekämen.</p> <p>2. DIE LINKE fordert einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau der Stadt Münster. Das wesentlichste Ziel ist dabei die Verkehrswende hin zu einer Mobilität, die allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel</p>	<p>2. Sowohl aus Gründen des Umweltschutzes als auch aus Gründen der Flächengerechtigkeit und Lebensqualität in unserer Stadt kann für uns Grüne die Verkehrswende nicht nur eine Antriebswende vom Verbrennungs- zum Elektromotor bedeuten. Die Anzahl der privaten Pkw muss in den nächsten Jahren deutlich sinken. Dafür setzen wir Grüne auf den Fuß- und Fahrradverkehr sowie auf den ÖPNV. Alle Verkehrsträger im Umweltverbund brauchen mehr Platz auf der Straße und Vorrang in der Planung vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV). Konkret wollen wir dafür: breite Gehwege sicher stellen und</p>	<p>1. Als neue Liste wissen wir aus öffentlichen Quellen, dass die Klimapartnerschaft sich auf Abfallwirtschaft und Energieeffizienz beziehen soll. Da sehen wir noch viel Potential.</p> <p>2. Der Klimawandel betrifft Münster nicht nur, sondern wird durch unser tägliches Handeln in unserer Stadt sogar verstärkt. Vorrang für den Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus und Bahn. In zwei Schritten machen wir die Innenstadt Münsters emissionsarm. Fahrzeuge mit Verbrennermotor dürfen mittelfristig nicht mehr in die Innenstadt. Den Güter-</p>

<p>and Ride-Parkhaus stehen lassen (z.B. durch ein Metrobus-System und On-Demand-Angebote). Außerdem bedeutet für uns eine nachhaltige Mobilität auch Flexibilität und Freiheit – momentan gibt es Orte in Münster und insbesondere im Münsterland, die ohne Auto kaum erreichbar sind. Um die sozialen und ökologischen Folgen der Ressourcenbeschaffung für Batterien abzufedern, begrüßen wir Recycling-Ansätze und Wasserstoffmotoren, wollen uns jedoch auch neuen, noch unbekannteren Technologien nicht verschließen.</p>	<p>- gemeinsames Klimamonitoring von Münster und Monastir. 2. Die Mobilität der Zukunft wird schwerpunktmäßig über den Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr, ÖPNV) zu organisieren sein. Wir brauchen also eine radikale Wende in der Mobilitätsplanung hin zu einem klaren Vorrang des Umweltverbundes. Bauprojekte für den motorisierten Individualverkehr sind umgehend zu beenden bzw. deren Planung ist einzustellen. Eine höhere Lebensqualität für Münster und eine klimagerechte Ausrichtung der Stadt ist zu erreichen über: deutliche Vergünstigung des ÖPNV (mittelfristig fahrscheinfreier ÖPNV), Förderung von Sharingangeboten, Installation von Umweltverbundbeauftragten in der Planungsverwaltung, Tempo30 möglichst flächendeckend.</p>		<p>zur Verfügung steht und es gleichzeitig möglich macht, dass Münster bis 2030 klimaneutral wird. Dazu wollen wir den Busverkehr ausbauen und für alle kostenlos machen. Den Ausbau von Straßen für den Autoverkehr lehnen wir ab, stattdessen wollen wir Fuß- und Radwege verbreitern, ausbauen und sanieren sowie das Schienennetz ausbauen. Die Innenstadt soll zeitnah innerhalb der Promenade autofrei werden (mit Ausnahme für die notwendige Versorgung wie Lieferverkehr, Rettungswagen, Pflegedienste usw.). Perspektivisch wollen wir die Innenstadt auch innerhalb des Rings autofrei machen.</p>	<p>mehr sichere Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen schaffen, Radwege ausbauen und ein zusammenhängendes Netz von Fahrradstraßen sowie Velorouten in die nahgelegenen Umlandgemeinden, die Stärkung und Beschleunigung des Stadtbusverkehrs sowie die Ergänzung um sogenannte Metrobusse auf allen Hauptverkehrsachsen und die Weiterführung des Ausbaus des regionalen Schienenverkehrs zu einer "S-Bahn Münsterland" ergänzt um Expressbuslinien.</p>	<p>transport organisieren wir gemeinsam und kommunal. Dazu wird –vergleichbar mit dem Bussystem – ein Öffentlicher Güternahverkehr (ÖGNV) in Münster eingerichtet. Der Busverkehr in der Innenstadt wird kostenfrei nutzbar. Abbau von Verkehrsregelungen in der Innenstadt und Einführung von „shared spaces“ auf vielen Wegen und Plätzen. Senkung der Regelgeschwindigkeit in der Stadt auf 30 km/h bzw. auf Schrittgeschwindigkeit im Umfeld von Einrichtungen für Kinder oder Menschen mit Handicap und auf den genannten shared spaces. Wegfall aller kostenfreien Parkplätze.</p>
--	---	--	---	---	--

## SDG 17: Globale Partnerschaft / Wahlprüfstein: Engagementförderung

**Frage:** Münster hat eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie. Im Maßnahmenprogramm 2019-2022 wird unter dem Punkt „Globale Verantwortung im Handeln verankern“ als Maßnahme die Realisierung eines sogenannten „Haus der Kulturen/ Eine-Welt-Hauses“ formuliert. Wie möchten Sie und Ihre Partei diese Vision für einen Ort der gesellschaftlichen und interkulturellen Begegnung konkret unterstützen? Sind Sie dafür Mittel im Haushalt dafür bereitzustellen?

<p>Jörg Berens (FDP)</p> 	<p>Michael Krapp (ÖDP)</p> 	<p>Sebastian Kroos (Piratenpartei)</p> 	<p>Ulrich Thoden (Die Linke)</p> 	<p>Peter Todeskino (Bündnis 90/ Die Grünen)</p> 	<p>Georgios Tsakalidis (Münsterliste- bunt und international)</p> 
<p>Eine Realisierung eines sogenannten Haus der Kulturen/Eine-Welt-Hauses ist im Hinblick darauf, dass sich die Organisationen, Akteurinnen und Akteure, die sich für Nachhaltigkeit, Toleranz und Vielfalt engagieren, dort besser vernetzen können und diesen Raum für Veranstaltungen nutzen können, sicherlich sinnvoll. Die Initiative, ein Haus der Kulturen zu schaffen und zu betreiben, muss unserer Ansicht nach allerdings von den Eine-Welt-Akteuren und anderen interessierten Akteuren kommen.</p>	<p>Das sehr erfolgreiche Konzept des Umwelthauses in der Zumsandstraße hat gezeigt, dass durch einen gemeinsamen Ort eine hervorragende Vernetzung mit vielen positiven Effekten entstehen kann. Ich unterstütze daher ausdrücklich ein Haus der Kulturen und sehe die Stadt Münster in der Verpflichtung, ein geeignetes Gebäude zur Verfügung zu stellen und eine zügige Realisierung zu ermöglichen. Selbstverständlich ist dies durch entsprechende Haushaltsmittel zu ermöglichen.</p>	<p>Neben den o.g. Bewertungskriterien ist es sinnvoll sich stärker in der "Einen Welt" zu vernetzen und Austausch auf allen Ebenen zu betreiben. Forschung und Wissen sollte geteilt werden. Auch Münster kann von Erkenntnissen globaler Partner profitieren. Für dies Vernetzungen würde ich auch Mittel bereitstellen wollen.</p>	<p>DIE LINKE unterstützt das Projekt eines „Eine-Welt-Hauses“ und fordert eine umgehende Verwirklichung des Projekts. Schon die Realisierung des Umwelthauses vor über 20 Jahren hat gezeigt, dass solche Orte zu einer wechselseitigen Unterstützung der dort ansässigen Gruppen, zu gemeinsamen Projekten und Kampagnen und zu Synergieeffekten führen, ganz nach dem Motto: „Gemeinsam sind wir stärker!“ Auch die Anliegen der Gruppen werden besser auf der städtischen Verwaltungsebene gehört. Wir fordern, dass die Stadt die Kosten für die Errichtung eines „Eine-Welt-Hauses“ übernimmt und – soweit von den beteiligten Gruppen ge-</p>	<p>Wir wollen mit vielen unterschiedlichen Schritten unserer globalen Verantwortung gerecht werden. So setzen wir in der Wirtschaft auf einen GWÖ-Ansatz und möchten den engeren Austausch mit unseren Partner*innen auf der ganzen Welt suchen. In Münster wollen wir durch eine durchdachte Quartiersgestaltung ebenfalls die gesellschaftliche und interkulturelle Begegnung aktiv beleben.</p>	<p>Die in Münster zweifelsfrei vorhandene Willkommenskultur möchten wir zu einer Willkommensstruktur weiterentwickeln. Dazu gehörte für uns auch die Gründung eines selbstverwalteten „Hauses der Kulturen“. Zudem befürworten wir die Wahl eines*r ehrenamtlichen Bürgermeister*in mit dem Aufgabenschwerpunkt „Zugezogene aus dem Ausland“ durch den Integrationsrat der Stadt Münster. Die Migrantenselbstorganisationen in unserer Stadt benötigen eine stärkere Förderung und Anerkennung. Wir fordern mehr Geld und Einfluss für den Integrationsrat. Zudem sollen bevorzugt Bewerber*innen mit Migrationsvorgeschichte – bei gleicher Qualifikation – in der</p>

			<p>wünscht – ähnlich wie im Umweltforum mindestens eine dort ansässige Personalstelle schafft, um gemeinsame Projekte zu fördern und die Räumlichkeiten zu verwalten. Die Räume sollten gemeinnützigen Gruppen und Vereinen kostenlos zur Verfügung stehen.</p>		<p>Verwaltung der Stadt sowie den kommunalen Einrichtungen eingestellt werden. Vergleichbares gilt auch für die Zivilgesellschaft. In den Vereinigungen (von der Initiative über Verbände bis hin zu Parteien) sind zu wenige Menschen mit Migrationsvorgeschichte präsent. besonders in den Leitungsgremien.</p>
--	--	--	---	--	---